

mancher floristischer Ähnlichkeit ist der unterschiedliche Charakter der Vegetation zu der der Inseln um Stewart Island, Neuseeland, auffallend. Ein weiterer Unterschied besteht darin, daß auf King Island die Nisthöhlen im Dünsand angelegt sind, während *Puffinus griseus* im Torf seine Höhlen baut. Auf allen Bass Strait-Inseln baut der Vogel seine Höhlen im Sand, auch wenn es nicht immer Dünsand ist; wo das Material aus der Verwitterung des anstehenden Granits entstanden ist und dementsprechend nur geringe Tiefe hat, führt der Höhlenbau schnell zu Erosionserscheinungen. Der aus den Höhlen ausgeworfene Sand bietet auf King Island eine gute Hilfe zur Datierung der verschiedenen Dünsysteme, da sich die Sande durch verschiedene Färbung unterscheiden.

ULRICH SCHWEINFURTH

References

- GILLHAM, M. E.: Plants and Seabirds of Granite Islands in South-East. Proc. Roy. Soc. Vict. 74 (1961), 21—36.
- JENNINGS, J. N.: The coastal geomorphology of King Island, Bass Strait . . . Rec. Qu. Vict. Mus. Launceston N. S. 11 (1959), —139.
- HINDWOOD, K. A. & D'OMBRAIN, A. F.: Breeding of the Short-tailed Shearwater (*Puffinus tenuirostris*) and other Seabirds on Broughton Island, N. S. W. The Emu, 60 (1960), 147—154.
- MARSHALL, A. J. & SERVENTY, D. L.: The breeding cycle of the Short-tailed Shearwater . . . Proc. Zool. Soc. Lond. 127 (1956), 489—510.
- SCHWEINFURTH, U.: Die Muttonbird Islands. Erdkunde 15 (1961), 110—121.
- SERVENTY, D. L.: Movements of pelagic seabirds in the Indo-Pacific region. Proc. 7th Pacific Sci. Cong. 4 (1953), 394—407.
- : First recoveries in the Northern Hemisphere of Tasmanian Mutton Bird, *Puffinus tenuirostris* (Temminck), banded in Australia. C. S. I. R. O. Wildlife Research 1 (1956), 72.
- : The banding programme on *Puffinus tenuirostris* (Temminck), 1. First Report. C. S. I. R. O. Wildlife Research 2 (1957), 51—59.
- : Article "Muttonbirding" in The Australian Encyclopaedia, Sydney. 6 (1958), 233—234.
- : General Description of Fisher I. and its Mutton-bird rookeries. Pap. & Proc. Roy. Soc. Tas. 92 (1958) 165—170.
- WILLIS, J. H.: Vegetation of Fisher Island. Pap. & Proc. Roy. Soc. Tas. 92 (1958), 171—174.

VON DER AUSSAGEKRAFT WIRTSCHAFTSSTATISTISCHER FAKTEN*)

CHRISTIAN DEGN

Die Volks- und Kulturbodenforschung ist nach dem 1. Weltkrieg in Deutschland mit besonderem Eifer betrieben worden. Es sei nur erinnert an die von WILHELM VOLZ 1925/26 herausgegebenen Bücher sowie vor allem an das leider Torso gebliebene Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums mit seinen ausgezeichneten, grundlegenden Beiträgen.

*) Bemerkungen zu GERHARD ISBARY: Problemgebiete im Spiegel politischer Wahlen am Beispiel Schlesiens. Mit 1 Abb. und 18 Kartenbeilagen. VIII + 45 S. 4°. Mitteilungen aus dem Institut für Raumerforschung, Heft 43. Bad Godesberg 1960. Brosch. 22,50 DM.

Freilich erwies sich diese Forschungsrichtung ebenso wie die Geopolitik oft als recht anfällig gegenüber Einflüssen reiner Zweckpolitik. „Blut und Boden“ wurden zu Schlagworten im politischen Kampf und selbst dort angewandt, wo sie aller Überzeugungskraft entbehrten, etwa wenn Heißsporne sich auf sie beriefen, um die Nordgrenze des Deutschen Reiches wiederum an die Königsau zu verlegen. Solchen Äußerungen begegneten einige Dänen mit der Gegenthese, daß unter Berufung auf „Blut und Boden“ umgekehrt Dänemark den größten Teil Südschlesiens für sich beanspruchen könne; das ist vor allem der Inhalt von CLAUS ESKILDSSENS „Graenselaere“.

Auf die außerordentlich diffizilen Probleme der nationalen Entscheidung zwischen Deutsch und Dänisch kann hier nicht näher eingegangen werden. Es mag der Hinweis genügen, daß nach der deutschen Kapitulation dänische Kreise das „verschüttete Dänentum“ Südschlesiens freizulegen und der Bevölkerung einzureden versuchten, daß sie, von Preußen vergewaltigt, „im Grunde“ dänisch sei. Als in jener Zeit der Not und Verzweiflung viele Menschen dem Weck- und Lockruf folgten, machte man deutscherseits einen scharfen Unterschied zwischen einer echten und einer unechten dänischen Minderheit, die übrigens zeitweilig in vielen Gemeinden zahlenmäßig die absolute Mehrheit darstellte. Ein hartes Ringen um die Heimat setzte ein. Wenn manche Dänen vielen nordschleswigschen Deutschen die Echtheit ihres Deutschtums bestritten, so waren sie umgekehrt empört, wenn man den südschleswigschen Neudänen die „Echtheit“ absprach. Zur Beruhigung des scharf entbrannten Grenzkampfes trug die „Kieler Erklärung“ vom September 1949 wesentlich bei. Sie bestätigte den Grundsatz „Däne ist, wer will“ und nannte ein Infragestellen solcher Entscheidung unstatthaft. Damit wurde der autonome Willensentscheid des Einzelnen, wie er in einem freiheitlich-demokratischen Staat anerkannt ist, ausdrücklich auch für den nationalen Bereich sanktioniert.

Aber wenn ein nationales Bekenntnis auch nicht von offiziellen Instanzen bezweifelt oder auf seine Berechtigung überprüft werden darf, so ist es nach wie vor doch durchaus zulässig, sich Gedanken über die Motive zu machen. Das gehört nun einmal zur Aufgabe des Historikers, aber auch des Politikers, der ja weitgehend abhängig ist von der Zustimmung oder Mißstimmung der Wähler. Er wird versuchen, neben mannigfachen subjektiven Motiven objektiv ausdeutbare Tatbestände herauszufinden, die er bei seinem künftigen Verhalten, in seiner Politik, berücksichtigen kann.

GERHARD ISBARY, Mitarbeiter am Institut für Raumerforschung in Bad Godesberg, untersucht in einer methodisch sehr interessanten Arbeit die politischen Wahlen im Landesteil Schleswig. Es geht ihm dabei vor allem um „die nicht für deutsche Parteien abgegebenen Stimmen“, d. h. um die Stimmen für den dänisch orientierten Südschleswigschen Wählerverband (SSW) und um die überdurchschnittlichen Stimmhaltungen. In beiden Fällen sieht er „keine nationalpolitischen, sondern in stärkstem Maße sozialpolitische Ursachen“, und sucht das zu beweisen aus statistisch erfaßbaren Gegebenheiten, aus Mißständen, die sich etwa äußern in Überbevölkerung, geringer Produk-

tionskraft, ungünstiger Agrarstruktur, niedrigem Steueraufkommen der Gemeinden. Eine sehr materialistische Betrachtungsweise, so mag man einwenden. ISBARY selbst betont denn auch, daß man damit allein dem vielschichtigen Motivkomplex nicht gerecht werden kann. Er ist sich also des beschränkten Aussagewertes durchaus bewußt — das darf man bei ihm als einem Schüler von CARL PETERSEN wohl ohnehin voraussetzen. Auf der Suche nach zahlenmäßig exakt erfaßbaren Kriterien bleibt ihm aber zunächst nicht viel anderes übrig. Demgemäß kartiert er gemeindegewise (1:300 000, farbig) außer den Wahlergebnissen eine Reihe von Tatbeständen, die man üblicherweise zur Charakterisierung von „Notstandsgebieten“ verwendet. Diesen Begriff vermeidet ISBARY, da er zu sehr auf materielle Instinkte und Interessen ausgerichtet sei. Er übernimmt lieber den niederländischen Begriff „Problemgebiet“: ein solches sei überall dort anzutreffen, wo eine Störung der Raumordnung sich im sozialen Verhalten der Bevölkerung, speziell bei Wahlen, manifestiere.

Daß Schleswig dazu gehört, liegt auf der Hand. Das gewaltige Anschwellen der dänischen Stimmen nach 1945 ist ebensosehr ein Ausdruck materieller Not wie moralischen Zusammenbruchs. Wenn ISBARY aber in Verallgemeinerung einer Eiderstedter Enquête meint, prodänisch hätten damals so gut wie ausschließlich Einheimische gestimmt, so trifft das keineswegs zu. Verf. konnte zwischen 1946 und 1951 in den Kreisen Eckernförde und Flensburg-Stadt und -Land oft genug feststellen, daß Flüchtlinge sich für die dänische Partei erklärten. Gerade das machte damals in den Augen der deutschbewußten Schleswiger die neudänische Bewegung besonders suspekt. Abgesehen von großzügiger materieller Hilfe, die von dänischer Seite gewährt wurde, war eines der vielen Motive die Hoffnung, Dänemark werde eher die Rückführung der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion erwirken. Weil sich in jenem Punkt also ISBARY's Voraussetzungen als unzuverlässig erweisen, verlieren auch die daraus abgeleiteten Berechnungen und Urteile an Überzeugungskraft, und die Richtigkeit seiner Karte 4 muß angezweifelt werden.

Das gleiche gilt, wie mir scheint, von seinem Nachweis, daß der Zustrom von 265 000 Heimatvertriebenen und Flüchtlingen nach Schleswig sich nicht primär auf den Anteil der SSW-Stimmen unter den Einheimischen ausgewirkt, sondern im Gegenteil zur politischen Festigung der Verhältnisse beigetragen habe. Namentlich aus dem friesischen Raum gibt es viele Gegenbeispiele. Freilich, eine Widerlegung läßt sich „statistisch“ genausowenig unterbauen, wie ISBARY's Behauptung etwa untermauert wäre. Bei eingehender „Motivforschung“ aber werden Ortskenner — ich denke an Männer wie PAUL SELK — immer wieder feststellen können, was für entscheidende Motive gerade Flüchtlingsdruck, Angst vor „Überfremdung“ u. dergl. waren. Um es an einem Beispiel deutlich zu machen: Im März 1946 begründete einer der führenden Männer des Nordfriesentums, der sich während der Abstimmung 1920 und später mit ganzer Kraft für die deutsche Sache eingesetzt hatte, seinen politischen Stellungswechsel auf die dänische Seite hinüber mit der Sorge um sein geliebtes Friesentum: Wenn er in der Zeitung

lese etwa: „Inke Peters — Leo Kacsmarek, Verlobte“, so empfinde er das wie einen Stich ins Herz. Deshalb rief er nicht nur seinen nordfriesischen, sondern auch seinen schleswigschen und holsteinischen Landsleuten zu, sie sollten „kühn alles über Bord werfen“ und Dänen werden. Dem Einwand, man dürfe sich doch nicht dem deutschen Schicksal und der deutschen Verpflichtung in der Not entziehen, wenn man sich vorher stolz zu einem Deutschland „von der Maas bis an die Memel“ bekannt habe, begegnete er mit der Bemerkung, Heimat sei eben mehr als Vaterland.

Man sollte sich auf alle Fälle hüten, bei der Beurteilung von Wahlentscheidungen den — positiven oder negativen — Einfluß der Persönlichkeiten und des allgemeinen geistig-seelischen Sozialklimas geringzuschätzen. Denn davon hängt es eben weitgehend ab, wie weit man sich von rein materialistischen, egoistischen Motiven bestimmen läßt. Sie spielten ja in der Tat eine recht betrübliche Rolle.

Um die Entwicklung in Schleswig besser zu verstehen, wäre es auch an der Zeit, ein Tabu zu durchbrechen und sich dem raschen Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen vor 1933 zuzuwenden. Im Landesteil Schleswig erreichte die NSDAP bereits bei den Wahlen im Juli 1932 mit 61,9 % eine ganz klare absolute Mehrheit. Den Gründen mußte man nachgehen. Viele in ihrer Gemeinde angesehene und führende Persönlichkeiten hatten sich der Bewegung angeschlossen und waren in der Partei oder einer ihrer Organisationen tätig — warum? Meistens bestimmt aus bestem Wollen und ohne jegliches Bewußtsein eines unredlichen Weges. Sie alle wurden aber 1945 ausgeschaltet oder diffamiert — man denke nur an die vielen einheimischen Dorflehrer. (Daß die aus Ostdeutschland kommenden Lehrer damals großenteils „nichts mit der NSDAP zu tun gehabt“ hatten, sollte man ihnen, in ihrem Kampf um die nackte Existenz, nicht übelnehmen). Es fehlten nach dem Kriege also weitgehend gerade diejenigen Männer und Frauen, die von Beruf oder aus Berufung gemeinschaftsbildend wirkten. Dieses Vacuum bedeutete, wie mir scheint, weit mehr als das um ein paar Mark niedrigere Steueraufkommen pro Kopf oder dergleichen wirtschaftsstatistische Fakten.

Es scheint auch an der Zeit, einmal ganz klar die einstigen Nicht-Nationalsozialisten anzuvisieren. Da finden wir einmal die überzeugten Gegner aus allen Parteien und politischen Richtungen, die die verhängnisvolle Entwicklung erkannten und offen oder insgeheim dagegen Front machten und dafür oft genug mit Leben oder Freiheit büßten. Da ist eine andere Gruppe von Menschen, denen das Nazi-Rabaukentum und viele Punkte im Parteiprogramm zuwider waren; es waren meist liberal gesonnene, feinfühlende Vertreter des deutschen Bürgertums. Viele von ihnen resignierten angesichts der Entwicklung; andere aber — ich denke aus dem schleswigschen Raum etwa an Männer wie OTTO SCHEEL und CARL PETERSEN — sahen in der nationalsozialistischen Bewegung neben schweren Mängeln und Mißständen doch auch viele gesunde Züge. Vor allem aber glaubten sie, man dürfe, verantwortungsbewußt, nicht den Schreibern und Extremisten allein das Feld überlassen, sondern müsse dazu beitragen, dem Bösen zu wehren und dem Guten zum Durchbruch zu verhelfen. So mancher hat dann freilich schon bald

erschreckend erkennen müssen, daß er unter einem autoritären Regime doch völlig machtlos war. Bei der dritten Gruppe von Nicht-Nationalsozialisten schließlich handelt es sich um Zeitgenossen, die sich jeglicher Verantwortung gegenüber einer Gemeinschaft entziehen, die nur ihrem Egoismus leben. Wenn solche Leute durch ungewöhnliche Zeitverhältnisse in die Führungsgremien von Staat und Gemeinde und überhaupt im öffentlichen Leben emporgehoben werden, ist es nicht zum Segen für die Gemeinschaft. Daß 1945 in Schleswig gemeinschaftsbewußte Männer in großer Zahl fehlten, erleichterte den Vorstoß der dänischen Agitation.

Diese Bemerkungen sollen kein direkter Vorwurf gegen ISBARY sein — er selbst bedauert mehrfach, daß er alle Imponderabilien fast unberücksichtigt lassen mußte. Aber die Methode wird dadurch fragwürdig. Jedenfalls sollte der Heimatforscher, dem diese Imponderabilien eher zugänglich und abwägbar sind, in diese Lücke einspringen und an die sehr interessanten Thesen ISBARY's die Sonde der Kritik ansetzen.

Eine überdurchschnittliche Wahlenthaltung wertet ISBARY als stummen Protest — wobei man sich fragen mag, warum die Bevölkerung nicht laut protestierte, etwa zugunsten einer Oppositionspartei. Als solche läßt ISBARY — unverständlich warum — nur den SSW gelten. Zweifellos richtig ist dagegen seine Vermutung, daß in Schleswig ein Fernbleiben von der Wahl häufig nur ein psychologisch erklärliches Zwischenstadium bei der Rückbesinnung von der dänischen zur deutschen Seite ist. Im übrigen aber will er darin einen sozialpolitischen Protest sehen, der sich in Resignation geltend mache. Diese Annahme möchte er nicht auf Schleswig beschränken. Zweifellos gibt es zu denken, wenn man hört, daß in einigen Gemeinden der Bundesrepublik die Wahlbeteiligung angeblich bis auf 5 % der Wahlberechtigten absinkt, daß sie in sehr vielen Gemeinden 20 bis 30 % unter dem Landesdurchschnitt bleibt. ISBARY glaubt nun nachweisen zu können, daß hierfür nicht ein mißliebiger Kandidat o. dergl. maßgebend ist (vor allem dann nicht, wenn ein größeres, ähnlich strukturiertes Gebiet über längere Zeit bei den Wahlen aus dem Rahmen fällt), sondern daß es sich um „Problemgebiete“ handelt. Sie drohen, als nicht genügend durchblutete, absterbende Glieder des Volksganzen, zu einem politischen Gefahrenherd zu werden. Die passive Wählermasse könnte in Krisenzeiten allzu leicht eine Beute „viel versprechender“ Parteien werden und damit ein unerfreuliches Moment der Instabilität sein. Nach ISBARY'S Resignationsthese müßte sich eine verbesserte Raumordnung (etwa durch das „Programm Nord“) auch in der Wahlbeteiligung auswirken. Ja, er geht so weit, daß er seine letzte Karte, Nr. 18, geradezu als eine Orientierung für eine gezielte Notstandshilfe und Raumordnung aufgefaßt wissen möchte. Sorgfältige Einzeluntersuchungen an Ort und Stelle hält selbstverständlich auch er vor jeder Aktion für erforderlich.

Zweifellos treten, je mehr der Krieg mit seinen nächsten Folgeerscheinungen in die Vergangenheit zurück-sinkt, die oben skizzierten politisch-psychologischen Motive in den Hintergrund, und man darf ökonomische Ursachen sicher relativ stärker bewerten. Verfasser gesteht, daß er trotzdem Bedenken trägt, die Wahl-

enthaltung vorwiegend auf „landeskulturliche Unterentwicklung“ zurückzuführen. Gerade im westschleswigschen Raum spricht sicher ganz stark eigenwillige Mentalität mit, die sich in den gängigen Parteien nicht recht „zu Hause“ fühlt, sowie die seit je ausgeprägte Sonderstellung (den Föhringern z. B. lag von jeher „Amerika näher als Berlin“, weil sie nun einmal viel mehr Verwandte jenseits des Atlantik als jenseits von Elbe und Elde haben). Jedenfalls dürfte der Motivkomplex außerordentlich differenziert sein.

Wenn in diesen Erörterungen vor allem Probleme berührt wurden, die nicht im engeren Sinne geographischer Natur sind, so gehören sie doch insofern durchaus in den geographischen Rahmen, als es sich nicht zuletzt um die räumlichen Auswirkungen handelt.

ISBARY'S Arbeit regt, wie man sieht, zu mannigfachen Überlegungen an, und schon das ist ein Gewinn. Über den Rahmen Schleswigs hinaus erscheint sie als ein bedeutsamer Vorstoß in die Problematik von Wahltesten — nicht nur in wirtschaftlich schwachen Räumen. Inwieweit ISBARY'S Prüfungsmethode für die Aussagekraft von Wahlergebnissen und für die Zweckmäßigkeit landesplanerischer Maßnahmen sich bewähren wird, müssen weitere Untersuchungen erweisen. Es lohnt sich, dieses Thema — zwischen Geschichte und Geographie, Soziologie und Landesplanung — im Auge zu behalten.

BODENGÜTEKARTE UND BODENKARTE

Zwei neue bayerische Kartenwerke.

KARL RUPPERT

a) Die Bodengütekarte von Bayern 1:100 000

In diesen Monaten geht ein neues Kartenwerk für Bayern seiner Vollendung entgegen, das auch die Aufmerksamkeit des Geographen für sich beanspruchen kann. Es handelt sich um die im Maßstab 1:100 000 auf der Grundlage der Amtsbezirksübersichtskarte von Bayern erscheinende Bodengütekarte¹⁾. Das Gesamtwerk wird 38 Blätter umfassen und erscheint nicht im Buchhandel. Bayern wird damit das einzige Bundesland sein, für das in dieser Form eine solche Publikation vorliegt. Ein Hinweis auf die Bedeutung dieses Kartenwerkes, das nur in einer Auflagenhöhe von 300 Exemplaren gedruckt wird, erscheint aus verschiedenen Gründen gerechtfertigt. Neben seiner Brauchbarkeit für die landeskundliche Arbeit, die Anliegen der Landwirtschaft, wird auch die Planung sich in Zukunft in verstärktem Maße dieses Kartenwerkes bedienen (1).

Der Erstellung des Kartenwerkes liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Seit den 30er Jahren wurden die nach dem Bodenschätzungsgesetz von 1934 erhobenen Bodenschätzungsergebnisse kartiert, im wesentlichen im Maßstab 1:5000, bzw. 1:2500. Diese handkolorierten Karten stellen die Grundlage für das neue Kartenwerk dar.

Die Gesamtheit der landwirtschaftlich genutzten Böden ist einem Schätzrahmen unterworfen, der die Werte 1—100 umfaßt, wobei neben den Bodenarten

¹⁾ Übersichtskarte der landwirtschaftlich genutzten Böden nach den Ergebnissen der Bodenschätzung (4).